

# «Parteisoldaten gehören nicht in den Ständerat»

Elisabeth Schneider-Schneiter möchte in der kleinen Kammer vor allem eine Stimme der Region sein

Von Thomas Gubler

**Biel-Benken.** CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (47) ist sich bewusst, dass sie bei den Ständeratswahlen am 23. Oktober wahrscheinlich Amtsinhaber Claude Janiak den Vortritt lassen muss. Sie möchte aber all jenen Bürgerlichen eine Alternative bieten, für die SVP-Kandidat Caspar Baader nicht wählbar ist.

**BaZ:** Frau Schneider, erst ging es bei Ihrer Ständeratskandidatur vor allem darum, den CVP-Nationalratssitz zu sichern. Dann betrat die Mitte-Allianz die politische Bühne. Geht es mittlerweile um mehr als nur Sitzsicherung?

**Elisabeth Schneider:** Natürlich stand zuerst die Sicherung des Nationalratssitzes im Vordergrund. Durch die Listenverbindung mit EVP, BDP und GLP dürfte dieser Sitz sicher sein. Diese drei Parteien unterstützen auch meine Ständeratskandidatur. Und das macht automatisch Lust auf mehr. Und gewisse Chancen, den Ständeratssitz zu erobern, hat die Mitte vom Wählerpotenzial her schon.

Vor einem Jahr waren Sie noch CVP/EVP-Fraktionschefin im Landrat, im November 2010 kamen Sie als Nachrückende für Katrin Amacker in den Nationalrat, jetzt wollen Sie in den Ständerat. Nehmen Sie immer zwei Treppenstufen aufs Mal?

Es braucht natürlich schon ein bisschen Mut, nach erst knapp einem Jahr im Nationalrat schon den Ständerat anzupeilen. Aber so ungewohnt ist dieses Vorgehen im Baselbiet auch wieder nicht. Edi Belser

«Es braucht schon Mut, nach erst einem Jahr im Nationalrat schon den Ständerat anzupeilen.»

war 37 Jahre alt und gerade mal vier Jahre im Landrat, als er in die kleine Kammer gewählt wurde. Und er war mit Sicherheit kein schlechter Ständerat. Warum sollte ich mir mit meiner doch ziemlich grossen Erfahrung auf der kantonalen politischen Ebene dieses Amt nicht zutrauen, zumal ein Ständerat ja gerade ein Standesvertreter ist? Ich denke, dass ich den Kanton Baselland in Bern sehr kompetent und vernetzt vertreten könnte.

Wie haben Sie in diesem knappen Jahr in Bern Fuss gefasst?



Bereit für mehr. Elisabeth Schneider (47) wünscht sich einen jüngeren und weiblicheren Ständerat. Foto Henry Muchenberger

Wenn man als Nachrückende dazu stösst, ist vieles erst gewöhnungsbedürftig. Ich habe im Landrat eine führende Rolle gespielt und musste mich im Nationalrat erst zurechtfinden. Ich glaube aber, dass ich mich in den mittlerweile vier Sessions sowohl in der Fraktion wie im Rat gut etabliert habe. Ja, ich denke, ich habe Fuss gefasst und bin bereit für mehr.

Sie sind ein politisches Urgestein und sind auch gerne eine öffentliche Person. Wurde Ihnen die Politik in die Wiege gelegt?

Ich bin auf einem Bauernhof in einer Grossfamilie als mittleres von fünf Kindern aufgewachsen. In einer solchen Position muss man sich durchsetzen. Ich kannte nie Berührungängste. Und dann waren sowohl mein Vater als auch meine beiden Grossväter politisch aktiv. Die Politik liegt mir also im Blut. Ich finde es spannend, etwas bewirken zu können, Macht im positiven, konstruktiven Sinne zu besitzen. Ob ich auch gerne eine Person von öffentlichem Interesse bin, weiss ich nicht. Darum geht es mir auch nicht, zumal das längst nicht immer angenehm ist.

Wo sehen Sie Ihre Vorzüge gegenüber Ihren Mitbewerbern, SP-Ständerat Claude Janiak und SVP-Nationalrat Caspar Baader?

Ennet dem Jura wird fast gar nicht differenziert zwischen Basel-Stadt und Baselland. Wir kommen einfach von Basel. Unter diesen Umständen halte ich es für sehr wichtig, dass jemand diesen Stand in Bern vertritt, der auch die Region vertreten kann. Das Baselbiet ist Teil einer Region, und dieser Region müssen wir eine Stimme geben. Ich denke, das kann eine Vertreterin der Mitte besser als ein Vertreter der politischen Pole. Typische Parteisoldaten, seien es rechte oder linke, haben meines Erachtens im Ständerat nichts zu suchen.

Bei Amtsinhaber Claude Janiak handelt es sich um einen Sozialdemokraten mit breiter Akzeptanz. Welche Chancen rechnen Sie sich gegen ihn aus?

Es geht jetzt nicht darum, die Arbeit von Claude Janiak zu qualifizieren. Er wird tatsächlich als sehr moderater Politiker wahrgenommen, obschon er im entscheidenden Moment durchaus fraktionstreu ist. Und die SP hat ein Parteiprogramm, das nach dem jüngsten Linksrutsch mit der Über-

windung des Kapitalismus doch einigermaßen problematisch ist.

Was unterscheidet Sie von Claude Janiak? Sie haben selber einmal gesagt, sachpolitisch lägen Sie nicht allzu weit auseinander.

Ich kann die Politik des Baselbiets sicher unmittelbarer einbringen als Claude Janiak, der doch schon sehr lange von der kantonalen Politik weg ist. Dann gehört er mit bald 63 Jahren sicher auch zu einer älteren Generation als ich. Weil die kleine Kammer ohnehin überaltert ist, würde ihr eine etwas jüngere Person sicher nicht schlecht anstehen. Und schliesslich braucht es im Ständerat ganz einfach mehr Frauen.

«Ich gehe davon aus, dass ich in den zweiten Wahlgang komme. Ich rechne mit Platz zwei.»

Was unterscheidet Sie von Caspar Baader?

Ähnliches. Auch Caspar Baader ist ein ergrauter älterer Herr. Bei ihm kommt noch hinzu, dass er ein typi-

scher Vertreter des oberen Kantons teils ist, und dieser ist nicht wirklich repräsentativ für das Baselbiet. Ich komme aus dem Bezirk Arlesheim und spüre wahrscheinlich den wirklichen Puls des Baselbiets etwas besser. Als SVP-Fraktionschef ist Herr Baader zudem vor allem gewohnt, die Partei zu vertreten. Und ich kann mir schlecht vorstellen, dass er sich von seiner Partei lösen kann.

Als Sie Ihre Kandidatur bekannt gegeben haben, entstand der Eindruck, Sie würden eigentlich nicht so sehr gegen Claude Janiak antreten, sondern vor allem gegen Caspar Baader. War dieser Eindruck falsch?

Natürlich sind wir etwas erschrocken, als wir von der Kandidatur Baaders erfuhren. Wir von der CVP hätten uns gewünscht, dass man sich zusammensetzt, um zu eruieren, welche bürgerliche Person am ehesten Chancen gegen Herrn Janiak hätte. Das war nun nicht mehr möglich, und da gelangten wir zum Schluss, dass wir unserer Wählerschaft auch eine wählbare Kandidatur anbieten müssen. Herr Baader ist für viele Bürgerliche nicht wählbar. Und ganz abgesehen davon: Die Mitte mit ihrem Wähleranteil von 24 Prozent ist zu einer Ständeratskandidatur absolut legitimiert. Entsprechend selbstbewusst können wir auch in diese Wahlen steigen.

Gegen einen verdienten Amtsinhaber zu reüssieren, ist immer schwierig. Welche Chancen rechnen Sie sich realistischerweise aus?

Ich gehe davon aus, dass ich in den zweiten Wahlgang komme.

Das heisst, Sie rechnen damit, den ersten Wahlgang zwar hinter Claude Janiak, aber vor Caspar Baader zu beenden?

Ja, ich rechne mit Platz zwei.

Ist diese Ständeratskandidatur, für den Fall, dass Sie am Schluss Claude Janiak den Vortritt lassen müssen, auch eine Investition in Ihre politische Zukunft?

Sicher ist es eine Investition. Auch wenn Claude Janiak im Herbst gewinnt, dürfte dies seine letzte Amtsperiode sein. Dann haben wir in vier Jahren wieder eine komfortable Ausgangslage. Aber im Vordergrund stehen die jetzigen Wahlen. Und im Hinblick auf diese hat meine Kandidatur im Kanton Baselland bereits für eine neue und spannende Ausgangslage gesorgt. Spannend wirds allein schon deswegen, weil wir wenig Erfahrung mit drei Kandidaten haben, auch wenig Erfahrung mit zweiten Wahlgängen und wenig Erfahrung mit Frauenkandidaturen.

## Arzt operierte ohne Einwilligung

Strafgericht in Liestal verurteilt Frauenarzt wegen fahrlässiger Körperverletzung

Von Titus Villiger

**Liestal.** Als sie im Januar 2008 in eine Privatklinik irgendwo im Baselbiet ging, glaubte die Frau, sie sei drei Stunden später wieder zu Hause. Mit ihrem langjährigen Frauenarzt waren eine Gebärmutterspiegelung und eine Cavathermbehandlung vereinbart worden, um übermässige Regelblutungen zu stoppen. Normalerweise ist das ein harmloser Eingriff – so harmlos, dass ihr Arzt sie nicht über die möglichen Risiken aufgeklärt hatte. «Risiken im Promillebereich habe ich meinen Patienten nie vermittelt», sagte der Arzt am Dienstag vor dem Strafgericht in Liestal.

Vor dem Richter stand der Mann, weil es dann doch schiefging: Die Gebärmutterspiegelung musste abgebrochen werden. Noch auf dem Operationstisch liegend und unter dem Einfluss von Narkosemitteln soll die damals 46-jährige Frau gemäss Arzt dann vorgeschlagen haben, die Gebärmutter gleich ganz zu entfernen. Nach der Operation litt sie unter schweren inneren Blutungen und wurde ins Kantonsspital überliefert, als sie schon die Hälfte ihres Blutes verloren hatte.

Die Geschichte wirkt wie ein Albtraum. «Ich habe lange gebraucht, um zu begreifen, was mit mir geschehen war», sagte die Frau am Strafgericht. Sie betonte, dass sie dem Arzt in Vorgesprächen klargemacht habe, unter keinen Umständen die Gebärmutter verlieren zu wollen. An die angebliche Einigung auf dem Operationstisch konnte sie sich wegen der Narkosemittel nicht mehr erinnern.

Was ist ein wichtiges Organ?

So kamen drei Punkte gegen den Arzt zusammen: Er unterliess es, auf die Risiken der Operation hinzuweisen und er entfernte die Gebärmutter ohne Einwilligung der Patientin. Schliesslich, so ein gerichtsmmedizinisches Gutachten, wartete er auch zu lange mit der Überweisung ins Kantonsspital. Die Staatsanwaltschaft klagte auf vorsätzliche schwere Körperverletzung.

Einzelrichter Andreas Schröder hingegen verurteilte den Arzt wegen fahrlässiger schwerer Körperverletzung zu einer bedingten Geldstrafe von 90 Tagessätzen. «Der Fall ist juristisch gesehen sehr kompliziert», betonte Schröder in der Urteilsbegründung. Zahlreiche

Gerichtsurteile auch von deutschen Gerichten wurden in seinen Ausführungen hinzugezogen.

Zunächst verneinte das Gericht den Vorsatz: «Das würde bedeuten, dass der Arzt wünschte, gegen den Willen der Frau zu handeln, oder dass es ihm egal war.» Man müsse aber annehmen, dass der Arzt im falsch verstandenen Sinn seiner Patientin handelte – und damit fahrlässig. Es folgte die Frage, ob es sich um eine einfache oder eine schwere Körperverletzung handelte.

Im Fall der verspäteten Überweisung ins Kantonsspital entschied das Gericht für eine schwere Körperverletzung, weil die Frau in Lebensgefahr geriet. Anders bei der entfernten Gebärmutter: Schwere Körperverletzung liege hier nur vor, wenn ein «wichtiges Organ» geschädigt sei. Ob die Gebärmutter ein wichtiges Organ sei, müsse individuell entschieden werden. Im Fall der Patientin, Mutter von drei Kindern und unterbunden, verneinte das Gericht: kein wichtiges Organ.

Abgeschlossen ist die Geschichte damit aber nicht: Auf den Arzt wartet auch noch ein Zivilprozess wegen Schadensersatz- und Genugtuungsforderungen.

## Schulklassen halten Strassen, Plätze und Parks sauber

Raumpatenschaften in der Region Liestal übernommen

Von Daniel Aenishänslin

**Liestal.** Die Kampagne «Blyb sauber – uf dr ganze Linie» geht bereits in ihr fünftes Jahr. Gestern lancierte das Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) in Liestal die Aktivitäten für diesen Herbst zusammen mit den Partnergemeinden Liestal, Frenkendorf, Füllinsdorf, Pratteln, Lausen und Ramllinsburg. Sogenannte Raumpatenschaften sollen für sauberere Strassen, Plätze und Parks sorgen. Littering verursacht jährlich Kosten im Umfang von 200 Millionen Franken, sagte Annemarie Spinnler vom AUE – 150 Millionen davon hätten die Gemeinden zu tragen.

20 Schulklassen und zwei Privatpersonen haben bis jetzt eine Raumpatenschaft übernommen. Damit haben sie sich einverstanden erklärt, einen Teil ihrer Gemeinde von achtlos weggeworfenen Abfällen zu befreien. «Die gesammelten Abfälle werden von der Gemeinde kostenlos abgeholt», sagte Fabian Plattner, Sachbearbeiter Abfallwesen der Stadt Liestal. Auch das nötige Equipment, wie etwa eine Littering-Zange, stellt die Gemeinde. Teilnehmende Schulklassen erhalten sogar eine kleine

Entschädigung, die in die Klassenkasse fliesst.

Füllinsdorf steigt bereits mit seinen Primarschülern ein. «Die Sensibilisierung beginnt in diesem Alter», sagte Gemeinderätin Carine Hugenschmidt, «sie soll einen Lawineneffekt haben.» Begonnen haben die Primarschüler, indem sie Plakate fertigten, die der Kampagne ein Gesicht geben. Darauf ist gesammelter Müll in Verbindung mit Textbotschaften und einem Logo zu sehen. Die Plakate werden in den Wohngemeinden der Schüler ausgehängt.

Mehr Alkohol, mehr Müll

Die Kampagne dreht sich nicht nur um die Sauberkeit im öffentlichen Raum. «Das ist auch ein Bildungsauftrag», sagte Annemarie Spinnler, «die Leute sollen realisieren, wie aufwendig die Arbeit der Wegmacher ist.» Letztere wiederum schätzten es sehr, wenn ihre Arbeit von der Bevölkerung ernst genommen werde. Oft werde besonders viel Müll achtlos weggeworfen, sobald Alkohol im Spiel sei. In Füllinsdorf, Frenkendorf und Pratteln laufen zusätzlich Littering-Projekte für Sozialhilfebezügler.